



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Wintersession des Nationalrates:

Die Überwindung der Pandemie erfordert pragmatisches Handeln

Thürnen, 23. Dezember 2020

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Auch die Wintersession war über weite Strecken von der Corona-Pandemie geprägt. Wir haben aber bewiesen: Selbst unter diesen erschwerten Bedingungen funktioniert die parlamentarische Arbeit und wir kamen in vielen Sachgeschäften voran. Für mich ist das sehr wichtig, denn die Menschen im Land müssen auch weitermachen – Pandemie hin oder her.

Covid-19-Gesetz (20.084)

Das Tempo, mit dem wir dieses Gesetz beraten haben, war enorm – denn die Situation ändert sich rasch, das COVID-19 Gesetz muss der Lage angepasst sein. Für uns hiess dies Krisenarbeit: Die Sitzungen begannen teils um sechs Uhr morgens und endeten um zehn Uhr nachts. Ich hatte für die FDP Fraktion die Führung des Dossiers: Die FDP-Fraktion unterstützte die getroffenen Massnahmen, insbesondere die Aufstockung der Beihilfen für Unternehmen, die unter der zweiten Welle leiden, um 1,5 auf nun 2,5 Milliarden Franken. Mir war es besonders wichtig, dass die Kriterien für Härtefallentschädigungen gelockert werden – die 40% Regel empfand ich als zu rigoros und unsachlich. Im Detail sind die Regelungen sehr komplex und viel zu kompliziert, als dass ich hier alles darlegen könnte. Ich setze mich für pragmatische Lösungen ein und dafür, dass wir füreinander einstehen und zueinander schauen. Diese Krise müssen wir überwinden, zusammen.

Mir ist es sehr wichtig, dass wir nun Unternehmen und Unternehmern zur Seite stehen – damit Arbeitsplätze erhalten werden können. Kein Verständnis habe ich für jene Kreise, die das Referendum gegen dieses Gesetz ergriffen haben. Diese Leute sind sich nicht bewusst, welchen Schaden sie damit verursachen können.

Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz (20.075)

Als Leaderin vertrat ich die FDP-Fraktion auch beim Solidarbürgschaftsgesetz. Im Frühling erliess der Bundesrat via Notrecht die Solidarbürgschaftsverordnung, die es den Unternehmen ermöglichte, bei einer Bank ohne besondere Formalitäten Kredite aufzunehmen. Damit wollte die Landesregierung verhindern, dass Firmen als Folge des Lockdowns in Liquiditätsschwierigkeiten geraten und schlimmstenfalls in Konkurs gehen. Damit der Bundesrat nicht erneut auf das Notrecht zurückgreifen muss, erteilte das Parlament der Landesregierung auf meine Initiative hin

das Recht, das System der Solidarbürgschaft im Falle einer Verschlechterung der Situation wieder einzuführen. Denn je länger die Krise dauert, umso mehr haben Unternehmen ihre Reserven aufgebraucht und geraten in Liquiditätsschwierigkeiten.

Auch bei der Beratung dieses Gesetzes war der Zeitdruck gross. Die Bereinigung der Differenzen zwischen National- und Ständerat verlief zäh. Der Nationalrat setzte sich schliesslich gegen den Ständerat durch. Ich habe mich zum Beispiel für die Rückzahlungsfrist von 8 Jahren eingesetzt, weil ich diese als pragmatisch und richtig erachte. Der Ständerat sah es gleich. In der Schlussabstimmung hat dann auch die FDP dem COVID-19-Bürgschaftsgesetz mit dieser Regel zugestimmt.

Revision Erbrecht (18.069)

Sie erinnern sich: In der Herbstsession gelang uns ein Etappensieg bei der Revision des Erbrechts. Im Nationalrat war man sich einig, dass an der gelebten Praxis bei der Aufteilung des Nachlasses festzuhalten sei. Die Grosse Kammer stellte sich damit gegen die Forderung des Bundesrats und des Ständerates, dass die Errungenschaft bei der Berechnung der Pflichtteile der gemeinsamen Nachkommen ebenfalls zu berücksichtigen sei. Denn in unzähligen Fällen regeln Ehepartner die Aufteilung ihres Nachlasses durch einen Ehe- und Erbvertrag in der Absicht, dem überlebenden Ehegatten mehr als die gesetzlich vorgesehene Hälfte der Errungenschaft zuzuweisen, um diesem den gewohnten Lebensstandard zu sichern.

Zwischen den Sessionen nutzten wir zusammen mit unserer Allianz aus Erbrechtsanwälten und Treuhändern die Zeit, den Ständerat zu überzeugen, dass die bisherige Praxis im Gesetz gelöst wird, damit die Rechtsunsicherheit endet. Mit Beharrlichkeit, guten Argumenten und der richtigen Taktik ist es uns gelungen, der gelebten Praxis zu einem Sieg zu verhelfen. Unzählige bestehende Ehe- und Erbverträge sind damit «gerettet».

Schikanen bei der Verrechnungssteuer ausräumen (18.4292)

Immer wieder erfahre ich von besorgten Bürgerinnen und Bürgern, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung unverhältnismässig hohe Bussen ausspricht, wenn jemand das Meldeformular für die Verrechnungssteuer zu spät einreicht. Mit meiner Motion verlange ich, dass der Bundesrat mittels einer Weisung die Eidgenössische Steuerverwaltung zur Verhältnismässigkeit verpflichtet. Dies insbesondere auch, weil sich auf der anderen Seite die Verwaltung bei der Bearbeitung der Anträge sehr viel Zeit lässt. Mit deutlichen 107 Stimmen wurde mein Antrag an den Bundesrat überwiesen. Ein schöner Erfolg für die Steuerpflichtigen.



Digitale Unterschrift ermöglichen (19.3565)

Bis heute verlangt das vor rund 120 Jahren eingeführte Gesetz für einen schriftlichen Vertragsabschluss die eigenhändige Unterschrift. Das ist bei der aktuell rasch fortschreitenden Digitalisierung nicht mehr zeitgemäss. Das Bedürfnis, Verträge digital rechtskräftig zu unterzeichnen, ist mehr als überfällig. Mit meiner Motion schlage ich eine Anpassung der Rechtsgrundlagen vor, damit sich inskünftig Geschäfte und Verträge mittels digitaler Unterschrift abschliessen lassen. Fakt ist: Schon heute akzeptieren Versicherungen und Banken in vielen Fällen digitale Unterschriften – der Gesetzgeber hinkt der Wirklichkeit hinterher. Eine durch Text nachweisbare, digitale Unterschrift via Scan, E-Mail oder Touchscreen macht es möglich, ohne Papierkrieg jegliche Geschäfte digital abzuwickeln und Verträge abzuschliessen. Verträge auszudrucken, eigenhändig zu unterschreiben und per Post zurückzuschicken ist nicht nur unsicher, sondern auch veraltet und behindert die Unternehmen, ihre eigenen Prozesse konsequent zu digitalisieren.

Prämienrückerstattung der Unfallversicherung (20.5773)

Während der Corona-Krise sind weniger Unfälle passiert, was zu entsprechend geringeren Schadensforderungen führt. Demnach werden die SUVA und die privaten Unfallversicherer ihre UVG-Prämien senken können. Gerade in dieser angespannten Zeit wäre es daher angebracht gewesen, mutmassliche Überschüsse bei der Berechnung der Prämien für das Jahr 2021 zu berücksichtigen, beziehungsweise diese Überschüsse an die Unternehmen und ihre Angestellten zurück zu vergüten. In der Fragestunde wollte ich darum vom Bundesrat wissen, wieso das Bundesamt für Gesundheit diesen pragmatischen Ansatz verhindert hat. Es wären einige umsetzbare Vorschläge auf dem Tisch gewesen. Immerhin: Der Bundesrat versichert, dass die Ansprüche der Versicherten erhalten bleiben, auch wenn der Betrieb nicht mehr bestehen sollte.

Tabakproduktegesetz (15.075)

Seit nunmehr fünf Jahren debattiert das Parlament über dieses Gesetz, das die Jugendlichen besser vor den Gefahren des Rauchens schützen soll. Nach dem Scheitern im Jahr 2016 nahm der Nationalrat in der Wintersession einen neuen Anlauf und trat mit 84 zu 59 Stimmen bei 47 Enthaltungen auf den neuen Gesetzesvorschlag ein. Stein des Anstossens war das Verbot von Tabakwerbung. Ich bin gegen ein komplettes Werbeverbot, da ein solches zu stark in die Wirtschafts- und Gewerbefreiheit eingreift. Der Nationalrat schloss sich in dieser Frage weitgehend der Lösung des Ständerats an. Damit bin ich nur zum Teil zufrieden. Zwar wird Werbung in den Printmedien und im Internet nicht grundsätzlich verboten. Werbung in Kinos und im öffentlichen Raum, auch solche, die vom öffentlichen Raum aus einsehbar ist, ist in Zukunft nicht mehr möglich. Noch bleiben ein paar Differenzen zum Ständerat.

Nun wünsche ich Ihnen von Herzen und trotz dieser speziellen Umstände schöne Festtage und ein paar geruhsame Tage im Kreise Ihrer Lieben. Ich hoffe für uns alle, dass wir die Pandemie im neuen Jahr endlich hinter uns haben werden. Blicken wir mit Mut und Zuversicht ins nächste Jahr. In diesem Sinne: Alles Gute und viel Glück für das Jahr 2021!

Herzlich,



Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch

